

Bei Straßenbaumaßnahmen Anlieger so früh wie möglich beteiligen!

Die Umgestaltung des Marthaweges in Gelsenkirchen-Hassel ist abgeschlossen. Nun werden die entstandenen Kosten auf die Anwohner umgelegt und diese zur Kasse gebeten. Hierüber stehen die unterschiedlichsten Meinungen im Raum. Hierzu Stimmen aus der Linksfraktion:

„Grundsätzlich muss gelten, dass, wer ein Stück vom nicht vermehrbaren Allgemeingut „Boden“ privat besetzt – ob für ein freistehendes Einfamilienhaus oder ein Reihenhaus, ob für ein gewerblich genutztes Gebäude, eine Garage oder ein Mietshaus - hat damit die Pflicht erworben, alle mit dieser Privatisierung sich ergebenden finanziellen Konsequenzen (anteilig) mit zu tragen. Es kann nicht angehen, dass Kosten für den privaten Erschließungsnutzen externalisiert, also allein der öffentlichen Hand zugeschoben werden. Die Satzung der Stadt differenziert schon sehr deutlich und grundsätzlich in den je nach Straßentyp anders zu berechnenden Anteilen und bleibt immer noch deutlich unter den Beträgen, die die Stadt rein rechtlich erheben könnte“, so Tomas Grohé, ehemaliger Stadtplaner und Mitglied der Linksfraktion Gelsenkirchen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung.

Thorsten Jannoff, Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bauen und Liegenschaften: „Nach gesetzlicher Regelung dürfen Anliegerbeiträge nicht auf die Nebenkosten umgelegt und die Miete darf nicht erhöht werden. Deshalb betrifft eine Erhöhung der Anliegerbeiträge nur die Hauseigentümer. Alles was diese nicht zahlen müssen, bleibt letztlich beim Steuerzahler hängen und fehlt woanders. Und, da „Eigentum verpflichtet“, bin ich auch dafür, die entstandenen Kosten zumindest teilweise umzulegen. Es ist heute schon üblich, mit den Hausbesitzern Ratenzahlungen bei Bedarf zu vereinbaren. Überhaupt vergeht von der Ankündigung von Baumaßnahmen bis zur Fälligkeit der Kosten viel Zeit um sich darauf einzustellen.

Aus der schlechten Informationspolitik bei der Marthastraße hat die Verwaltung gelernt. Sie bemüht sich jetzt um mehr Transparenz und versucht, die Leute schon sehr früh im Vorfeld einzubinden. Im Bauausschuss zumindest hat die Verwaltung Stein und Bein geschworen, es zukünftig besser zu machen.

Die Sorge, dass sich das Problem der Schrottimmobilien damit vergrößert halte ich für unberechtigt. Die Besitzer dieser Immobilien machen zum Teil dicke Profite mit der Mietausbeutung. Und die Eigentümer, die wegen fehlenden Geldes ihre Häuser verkommen lassen, haben andere grundsätzliche Probleme.“

Stadtverordnete Bianca Thiele, Bezirksvertreterin Nord: „Aus meiner Sicht ist die Informationspolitik der Verwaltung in Sachen Marthastraße in meinen Augen in dem Punkt zu kritisieren, dass vor der Entscheidung in der Bezirksvertretung kein Eigentümerinfo erfolgt ist. Ich habe alle darauffolgenden Veranstaltungen besucht und habe die Verwaltung als äußerst Gesprächs- und kompromissbereit erlebt. Die Stadt bietet den Anwohner*innen z.B. auch die Möglichkeit der Ratenzahlung.“

Weitere nützliche Informationen finden Sie unter dem nachstehenden Link:

<https://www.vdgn.de/news-single/article/strassenausbaubeitraege-wie-kann-ich-mich-wehren/>